



Ein Albtraumszenario spielte sich in dieser Woche in der Karibik ab.

Hurrikan Melissa traf Jamaika am späten Dienstag als einer der stärksten Wirbelstürme der Kategorie 5, die je gemessen wurden. Zeitweise erreichte der Sturm Windgeschwindigkeiten von fast 298 Kilometern pro Stunde. Ein Minister der jamaikanischen Regierung bezeichnete die Schadensberichte als „katastrophal“. Fast drei Viertel des Landes sind ohne Strom, mehr als ein Drittel der Bevölkerung war direkt vom Sturm betroffen.

Melissa zog anschließend weiter nach Kuba, wo die Schäden ebenfalls erheblich waren, und nach Haiti, wo mindestens 20 Menschen ums Leben kamen. Gestern begann der Sturm, die südöstlichen Inseln der Bahamas zu treffen, und wurde heute im Tagesverlauf in der Nähe von Bermuda erwartet.

Das gesamte Ausmaß der Katastrophe ist noch nicht absehbar. Auch ist unklar, inwieweit dieser Sturm durch den Klimawandel verstärkt wurde. Doch fest steht: Der Ausstoß von Treibhausgasen hat zu wärmeren Meeren und heftigeren Stürmen beigetragen.

Die Inselstaaten wussten, dass ein Tag wie dieser kommen würde.

Die ärmsten Länder der Welt leiden am stärksten unter dem Klimawandel – obwohl sie am wenigsten zu den Treibhausgasemissionen beigetragen haben, die ihn verursachen. Inselstaaten weltweit fordern seit Jahren mehr Unterstützung und warnen vor bevorstehenden Katastrophen. Doch reiche Länder haben ihre Zusagen zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen immer wieder nicht eingehalten. Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten haben die Vereinigten Staaten nahezu sämtliche Mittel zur Vorsorge und Wiederaufbau in anderen Ländern gestrichen.

„Die Realität ist, dass alles ausgelöscht werden könnte“

Hurrikane haben in karibischen Staaten in den letzten Jahren Schäden in Höhe von mehreren Dutzend Milliarden Dollar verursacht. Der Wiederaufbau hat zu massiven Verschuldungen geführt. Jamaika, die Bahamas, Barbados sowie Antigua und Barbuda – allesamt in den vergangenen Jahren von schweren Hurrikanen getroffen – haben Schuldenstände, die nahezu ihrer gesamten Wirtschaftsleistung entsprechen.

Nach solchen Katastrophen verschulden sich die Länder weiter, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern und wirtschaftliche Verluste auszugleichen. Doch die Rückzahlung dieser Schulden erschwert es zusätzlich, in Schutzmaßnahmen zu investieren, die künftige Schäden abmildern könnten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat festgestellt, dass in



der Region mindestens 100 Milliarden US-Dollar investiert werden müssten, um die Klimawiderstandsfähigkeit zu stärken.

„Unsere Länder haben nicht den Luxus, sich gegen den Klimawandel wappnen zu können“, wird Michai Robertson, leitender Berater der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS), von der New York Times zitiert.

Robertson stammt aus Antigua und Barbuda, das 2017 vom Hurrikan Irma verwüstet wurde. Der Sturm verursachte Schäden in Höhe von über 77 Milliarden US-Dollar in der Karibik und Südflorida.

„Wenn Menschen vor der Wahl stehen, entweder Fensterläden zum Schutz ihres Hauses zu kaufen oder Essen auf den Tisch zu bringen, dann ist die menschlich naheliegende Entscheidung, Letzteres zu kaufen“, sagte Robertson. „Aber die Realität ist: Alles könnte ausgelöscht werden.“

Versprechen von Hilfen - und ihr Ausbleiben

In der kommenden Woche werden internationale Verhandlungsdelegationen nach Brasilien reisen, wo der jährliche Klimagipfel der Vereinten Nationen (COP 30) stattfindet. Diese Konferenzen drehen sich zunehmend um die Frage der Finanzierung. Laut UN-Studien benötigen Entwicklungsländer jährlich über eine Billion US-Dollar, um ihre Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen zu lösen und sich gleichzeitig an die massiv eintretenden Folgen des Klimawandels anzupassen.

Im Jahr 2021 hatten sich die wohlhabenden Staaten verpflichtet, die Mittel für Klimaanpassung zu verdoppeln – auf mindestens 40 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2025. Ein am Mittwoch veröffentlichter UN-Bericht zeigt jedoch, dass die tatsächlich gezahlten Hilfen für Anpassung derzeit sogar rückläufig sind.

Die Biden-Regierung hatte geplant, für das Jahr 2023 rund 3,1 Milliarden US-Dollar für Klimaanpassung bereitzustellen. Präsident Trump hingegen hat die US-Beiträge zur Vorbereitung gefährdeter Länder auf den Klimawandel komplett eingestellt. Unter seiner Regierung wurden nahezu alle außenpolitischen Hilfsprogramme und Abteilungen, die mit armen Staaten zusammenarbeiten, abgebaut und geschlossen.

Am Dienstagmorgen, als der Hurrikan näher rückte, sagte Robertson: „Reiche Länder ziehen sich nicht nur aus dem Kampf gegen den Klimawandel zurück – sie hören uns auch nicht zu.“



Weitere wichtige Nachrichten

Trump und Xi Jinping treffen sich in Südkorea

Donald Trump traf den chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Südkorea – der dritte und letzte Halt auf Trumps sechstägiger Asienreise. Es war das erste persönliche Treffen seit Trumps Rückkehr an die Macht. Beobachter sahen die Gespräche als entscheidend für die Stabilisierung des fragilen Handelsfriedens zwischen beiden Ländern.

Kurz vor dem Treffen mit Xi – der derzeit einen raschen Ausbau des chinesischen Atomwaffenarsenals vorantreibt – drohte Trump in sozialen Medien damit, erstmals seit Jahrzehnten wieder Atomtests durchzuführen. In ihren ersten Stellungnahmen nannte Trump Xi einen „großartigen Freund“, Xi betonte, man solle und wolle gemeinsam globale Herausforderungen angehen.

Erneut Israelische Luftangriffe im Gazastreifen

Israel kündigte an, die Feuerpause wieder in Kraft zu setzen, nachdem bei Luftangriffen im Gazastreifen laut Angaben des dortigen Gesundheitsministeriums mindestens 100 Menschen getötet worden waren.

Die Angriffe begannen am späten Dienstag, nachdem die israelische Regierung der Hamas vorgeworfen hatte, die Waffenruhe verletzt zu haben – unter anderem durch das Zurückhalten der Leichen getöteter Geiseln sowie Angriffe auf israelische Streitkräfte im Süden des Gazastreifens. Israels Verteidigungsminister Israel Katz erklärte gestern, „Dutzende Hamas-Kommandeure“ seien bei den Angriffen getötet worden.

Hamas warf Israel vor, die Feuerpause untergraben zu wollen, und kritisierte die Haltung der USA. Munir al-Bursh, Generaldirektor des Gesundheitsministeriums in Gaza, sagte, unter den Toten seien 35 Kinder.

Das israelische Militär erklärte, die Feuerpause sei um 10 Uhr Ortszeit wieder in Kraft getreten. Am Abend veröffentlichte es jedoch eine Mitteilung, wonach ein Waffenlager im Norden Gazas angegriffen worden sei.



Weitere Meldungen

- Die Mitte-links-Partei liegt bei den **Parlamentswahlen in den Niederlanden** vorn – eine deutliche Absage an die rechtspopulistische Partei von Geert Wilders.
- **Paris:** Zwei festgenommene Männer haben laut Staatsanwaltschaft teilweise gestanden, an dem Juwelenraub im Louvre beteiligt gewesen zu sein.
- **Südkorea** hat ein Handelsabkommen mit den USA geschlossen, das US-Zölle auf 15 Prozent senkt.
- Die WHO berichtet, dass in einem Krankenhaus in El Fasher, **Sudan**, über 450 Menschen massakriert worden sein sollen.
- **Wladimir Putin** erklärte, Russland habe eine nuklear bestückte Unterwasserdrohne getestet, die einen Tsunami auslösen könne.

Autor: P. Tiko